

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

297 (18.12.1869)



# Beilage zu Nr. 297 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. Dezember 1869.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 16. Dez. 35. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt. (Schluß.)

### II. Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Hierzu bemerkt Ministerpräsident v. Dusch: Die badische Eisenbahnverwaltung gehöre, wie der Kommissionsantrag vielleicht unter Hervorhebung gerade nur der günstigeren Beispiele anführe, im Prozentfuß der Reueinnahmen zu den Betriebsausgaben nicht zu den am günstigsten gestellten; sie stehe mit 48—50% etwa in der Mitte; man dürfe aber, da sie auch sehr ungünstige Strecken umfasse, der Betriebsverwaltung keine Vorwürfe deswegen machen.

Abg. Baumgartl. gedenkt der neuerdings zahlreich vorgekommenen Unglücksfälle, ohne der Großh. Eisenbahnverwaltung daran Schuld zu geben und spricht den Wunsch aus, daß die Regierung auf möglichste Abwendung solcher Fälle ihre Sorge richten möge.

Ministerpräsident v. Dusch erklärt, daß die Regierung keine Anstrengungen fehlen lasse, um diesen Unglücksfällen vorzubeugen.

Abg. Friedrich: Die in den Bericht aufgenommenen Vergleichen sollen keinen Vorwurf gegen die Verwaltung enthalten, sondern es seien die nächstliegenden Eisenbahnen eben als die besten Vergleichungsobjekte aufgenommen worden. Eines müsse er jedoch der Verwaltung empfehlen, daß nämlich die gewöhnlichen Arbeiten an der Bahn in Akford gegeben werden möchten, da wohl schon Jedem die große Anzahl ziemlich müßiger Arbeiter an unserer Bahn aufgefallen sei. Bezüglich der neuerdings zahlreich vorgekommenen Unglücksfälle habe er Vergleichen mit andern Bahnen gemacht; das Resultat sei, daß wir uns bis auf die neueste Zeit wegen der geringen Zahl derselben nur gratulieren können. Dabei habe er gefunden, daß die kleinste Zahl der Unglücksfälle bei uns in den Bahnhöfen selbst, also durch das Bahnpersonal vorkommen.

Nachdem noch der Abg. Kirsner sich hierüber geäußert, macht der Abg. Hummel darauf aufmerksam, daß in den Betriebseinnahmen insbesondere im vorigen Jahr große, eigentlich fremde Verwaltungen betrübende Beträge aufgenommen worden seien und aus dem Mangel dieser den gezogen werden könnten, wodurch der Kredit erschüttert werde. Redner bittet die Regierung, wo möglich schon vor der definitiven Abrechnung mit fremden Bahnen wenigstens approximativ diesen Antheil aus der Einnahme auszuscheiden.

Ministerpräsident v. Dusch ist auch der Ansicht, daß bei der monatlichen Veröffentlichung der Betriebsresultate der Bahnen solche Mißstände erwachen könnten, und erklärt, er werde, wenn irgend thunlich, die genannte approximative Ausschreibung vornehmen, welcher Erklärung sich Ministerialrath Pöppel mit dem Anfügen anschließt, daß dadurch vielleicht ein kleiner Aufschub in jenen Veröffentlichungen entstehen könne; zugleich macht derselbe über das Prozentverhältnis der Betriebsausgaben zu den Reueinnahmen in andern Staaten einige von den im Kommissionsberichte angeführten Thatsachen zum Theil abweichende Angaben, welche darthun, daß die badische Bahn in diesem Verhältnis so ziemlich in der Mitte stehe. Ob das bisherige System, die gewöhnlichen Arbeiten an der Bahn nicht in Akford zu geben, aufgehoben werden solle, werde in Erwägung gezogen werden.

Der Berichterstatter Abg. Friedrich erklärt hierauf, daß die im Kommissionsbericht beigegebenen Zahlen aus offiziellen, ihm vom Handelsministerium übergebenen Aufzeichnungen herkommen.

Abg. Lindau hebt besonders die Unglücksfälle hervor, welchen die Kondukteure in ihrem Dienste ausgesetzt seien, und macht darauf aufmerksam, ob nicht auch bei uns das französische System der Coupirung der Billete auf dem geschlossenen Bahnhof eingeführt werden solle.

Abg. Kirsner erwiedert, daß die Budgetkommission diesen Gegenstand hinlänglich erwogen, aber fast einstimmig für die Beibehaltung des bisherigen Systems sich entschieden habe.

Ministerpräsident v. Dusch: Vom Standpunkt der Verwaltung stehe der Einführung des französischen Systems nichts entgegen. Allein zwei fast unübersteigliche Hindernisse seien der strenge, jedenfalls kostspielige, dadurch erforderliche Abschluß des Bahnhofs und der Widerwille unseres Publikums, sich dieser strengen Kontrolle zu unterwerfen; nur in ganz Deutschland zugleich werde diese Reform eingeführt werden können.

Abg. v. Zieber erwidert die Regierung, die Frage, ob die Eisenbahnverwaltung Privaten überlassen werden solle, zum Gegenstand ihrer Betrachtung zu machen, und weist sodann auf die im Sommer so häufigen Verspätungen hin, denen durch strammes Regiment Abhilfe gegeben werden müsse; man solle bei den Anschlüssen nur eine gewisse Zeit warten, nicht so sparsam mit Wagen sein und für Fälle außerordentlicher Ueberfüllung (bes. bei Einberufungen) besondere Vorkehrungen treffen.

Ministerialrath Pöppel: Die Verspätungen seien Folge eines sehr lebendigen Verkehrs, insbesondere davon, daß sich im Sommer auf die Strecke von Mannheim nach Appenweier ein ungemeyner Fremdenverkehr wälzt. Das Nichtabwarten des Anschlusses fremder Züge erzeuge noch viel mehr Klagen, als die Verspätung selbst. Das stramme Regiment sei auch da, denn vielfach klage man über inhumane Ueberlastung des Ein- und Aussteigens. Die Sparsamkeit an Wagen sei aber

Abg. Kirsner macht darauf aufmerksam, daß selbst das württembergische System der durchgehenden Wagen jetzt zu Gunsten unseres Systems verlassen werde und daß das bisherige System gegenüber dem französischen manche Vortheile habe, weshalb die Kommission auch einstimmig für die Beibehaltung des letztern sich erklärt habe.

Nachdem der Abg. Kirsner sich dieser Erklärung unter Hinweisung auf die durch Umbauung der Bahnhöfe entstehenden Kosten angeschlossen, Abg. v. Gulat den Wunsch geäußert hatte, daß die Zeit der Verspätung wenigstens in den Wartsälen aufgehoben werden möge und auf die bei dem französischen System leichter möglichen Defraudationen aufmerksam gemacht und Ministerialrath Pöppel erklärt hatte, daß von der Größe der Verspätung schon jetzt nach Vorbericht durch Ausruhen dem Publikum Kenntniß zu geben sei, wird zur Spezialdiskussion übergegangen.

Einigkeit. § 1 angenommen.

Zu § 2 (Transportgefälle aus dem Güterverkehr) spricht Abg. Koder den Wunsch nach Ermäßigung der Transporttaxen aus. Gerade in seinem Wahlkreis am Bodensee werde die Ausfuhr durch diese hohen Ansätze ungemein behindert; außerdem werden durch den Zuschlag von 40 Proz. bei Benützung der Personenzüge die Transportkosten für die nicht mit Güterzügen beförderten Stücke noch sehr erhöht. Endlich solle die veraltete Einrichtung der Viehtransporte, wozu auch Begleiter mit dem Vieh reisen müssen, bei kleineren Transporten aufgehoben werden.

Ministerpräsident v. Dusch erklärt, daß die Verwaltung nicht unter die Grenze ihrer Kosten bei Herabsetzung der Transportgefälle heruntergehen könne, übrigens die Regierung die Ansätze fremder Verwaltungen zu Erwägung etwaiger Herabsetzung in Betracht ziehen werde.

Abg. Frank schließt sich dem Wunsche des Abg. Koder an unter Hervorhebung der bei unsern Viehtransporten im Verhältnis zur Schweiz vorkommenden Mißstände, worauf Ministerialrath Pöppel behufs Abwendung solcher einzelner Mißstände auf den Weg der Beschwerdeführung verweist. § 2 hierauf angenommen.

Ebenso § 3 (Einnahmen aus Leistungen für fremde Bahnen), nachdem Abg. Kenz auf einige bei der Pforzheimer Bahn bestehende Mißstände aufmerksam gemacht. § 3 angenommen.

Zu § 8 (verschiedene und zufällige Einnahmen) macht Abg. v. Zieber auf eine bisher noch nicht ausgenützte Einnahmestelle aufmerksam: man möge die 3. Klasse, wie in Württemberg, gegen ein bestimmtes Honorar zum Anschlag von Annoncen benützen lassen, worauf Ministerialpräsident v. Dusch erklärt, dies in Erwägung ziehen zu wollen.

Zu § 9 (Tit. III. Telegraphen) fragen die Abgg. Baumgartl. und Lindau an, ob die Bestimmung über Verletzung des Briefgeheimnisses auch bei den telegraphischen Nachrichten beobachtet würden, worauf Ministerialpräsident v. Dusch und Ministerialrath Pöppel erklären, daß das Telegraphengeheimniß und die Verspätung darauf ganz ebenso wie dort bestünde.

Abg. Koder drückt den Wunsch einer Herabsetzung der Telegraphentaxe, etwa auf 15 fr., aus, da die Herabsetzung in der Schweiz mit Erfolg vorgenommen worden sei.

Ministerpräsident v. Dusch erklärt, daß dies, da ohnehin die Telegraphen nicht einbringen, nicht möglich sei, übrigens im internationalen Verkehr eine Herabsetzung eintreten werde. Nachdem Abg. Koder erklärt hatte, daß sein Antrag nur behufs Erhöhung der Rentabilität der Telegraphen gestellt worden sei, Abg. Kirsner letzteres widerlegt und Berichterstatter Abg. Friedrich hervorgehoben hatte, daß bei uns der telegraphische Verkehr ein im Verhältnis zu andern Ländern sehr günstiger sei, wird § 9 nach dem Kommissionsantrag (Regierungsantrag) angenommen, ebenso § 11 und 12; ferner wird der Schlusssatz der Kommission:

den Voranschlag der Einnahme der Eisenbahn-Betriebsverwaltung für das Jahr 1870 mit 20,011,165 fl. und 1871 " 20,254,209 fl. zu genehmigen, angenommen.

Ausgaben. Tit. I. (Lasten) angenommen.

Tit. II. (Verwaltungskosten).

Zu § 15 (Besoldungen der Zentralverwaltung) scheint dem Abg. Lindau eine kleine Reduktion der Kontrollbehörden der Billete thunlich, indem 3 bis 4 Personen mit den statistischen Erhebungen über die eingekommenen Billete beauftragt seien.

Ministerialrath Pöppel hält dagegen die Ausgaben für die sehr wichtigen statistischen Zwecke für durchaus nicht überflüssig und die Kontrolle der eingekommenen Personenbillete, wenn auch nicht alle abgegeben werden, für höchst zweckmäßig. Nachdem noch der Berichterstatter Abg. Friedrich sich hierüber geäußert hatte, wird der § 15 angenommen. Ebenso § 16—20.

Bei § 21 (Besoldungen der Bezirksverwaltung) werden nach dem Kommissionsantrag 350 fl. gestrichen. § 21—25 angenommen.

Tit. III. (Betriebskosten.) A. Der Eisenbahn.

a. Stations- und Abfertigungsdienst.

Zu § 26 wird der Regierungsentwurf nach einigen Bemerkungen des Ministerialpräsidenten v. Dusch und des Abg. Friedrich angenommen (also auch 81,000, bezw. 82,000 fl. Kasseneinbußen).

Abg. Kufel: Die Großh. Regierung habe sich früher bereit

dies bei diesen oft über Millionen verantwortlichen Beamten bisher noch nicht gesehen, während doch Revisionsbeamte und Registratoren leicht Staatsdiener würden.

Ministerialpräsident v. Dusch erklärt, gegen diesen Wunsch nichts zu erinnern zu haben, glaubt aber, daß die Regierung ohne vorgängigen Beschluß der Kammer keine solche Anstellung vornehmen könne.

§ 27—34 angenommen.

b. Fahr Dienst.

Zum materiellen Aufwand für Lokomotiven, Tender und Wagen macht Ministerialrath Pöppel gegenüber dem Kommissionsbericht, welcher die Herstellungs- bezw. Umbaufkosten von Lokomotiven und Wagen der badischen Bahn im Verhältnis zu denen der rheinischen Bahn sehr hoch findet, darauf aufmerksam, daß unter Umbau von Lokomotiven die Herstellung einer neuen Lokomotive gegen Hingabe der alten zu verstehen sei, daß bei uns auch noch viel billigere Tendermaschinen, zu 14,000 fl., lausen, daß endlich im Ganzen, wenn man nicht bloß einzelne Beispiele herausgreife, bei uns dieses Material nicht theurer als auf andern Bahnen zu stehen komme.

Der Berichterstatter Abg. Friedrich anerkennt diese vorgetragenen Thatsachen mit dem Anfügen, daß durch Ausführung jener Zahlen im Kommissionsbericht der Verwaltung kein Vorwurf gemacht werden solle.

Abg. Kufel bemerkt, daß das Verfahren der Budgetkommission bei den hier gemachten Vergleichen nicht ganz geeignet gewesen sei. — Nach den Bemerkungen des Abg. Lindau, Ministerialrath Pöppel und des Abg. Kirsner und des Ministerialpräsidenten v. Dusch werden § 42—47 angenommen.

Zu § 46 wünscht Abg. Bissing die Anschaffung von Kranken-Transportwagen, welche in Braunschweig und Oesterreich im Gebrauch seien, worauf Ministerialrath Pöppel erwiedert, daß bisher durch Anwendung von Transportwagen geholfen werde, daß man aber wegen Einrichtung solcher Wagen Nachfrage bei andern Verwaltungen anstellen werde.

Abg. v. Kottel drückt hierauf den Wunsch aus, daß die Wagen auch gegen die Sonne besser als bisher geschützt werden möchten.

§ 46—64 werden sodann angenommen.

B. Telegraph. § 65—70 angenommen; ebenso der Kommissionsantrag, dem Voranschlag für 1870 mit 15 Mill. die Zustimmung zu erteilen, unter Zuschlag von 8100 bezw. 8200 fl.

III. Budget der Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung.

In der Generaldiskussion bemerkt Abg. Frey: Nach Eröffnung der Eisenbahn nach Heilbronn werde der Fortbestand der Neckar-Dampfschiffahrt gefährdet; er bitte, daß die Großh. Regierung mit der württembergischen Regierung behufs Erhaltung derselben in Verbindung trete.

Ministerialpräsident v. Dusch: Man habe bei der württembergischen Regierung bereits angefragt, ob dieselbe die Neckar-Dampfschiffahrt zu erhalten geneigt sei. Diese habe geantwortet, daß sie, nur wenn die Beteiligte etwas zur Erhaltung beitragen, dies thun könne. Die Großh. Regierung werde ihr Möglichstes zur Erhaltung thun.

Hierauf wurden Titel I—II Einnahmen, Titel I—III der Ausgaben dieses Budgets, und hierauf der Antrag der Kommission, die Einnahmen für jedes der Jahre 1870 und 71 mit 216,100 fl., und die Ausgabe mit 211,950 fl. zu genehmigen, angenommen.

IV. Budget über die umlaufenden Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebs- und Dampfschiffahrts-Verwaltung.

Der Antrag der Kommission, den Bedarf an umlaufenden Betriebsfonds für die Jahre 1870 und 71 mit 2,159,010 fl. zu genehmigen, ward angenommen.

V. Budget über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn.

Abg. Friedrich: Obgleich die Einnahme der Main-Neckar-Bahn schon wegen der natürlichen Verhältnisse eine gute sei, so müsse doch gewünscht werden, daß der bisherige Zustand der gemeinschaftlichen Verwaltung aufgehoben und jedem Theilhaber sein Antheil gegeben werde.

Abg. Lindau konstatiert, daß die Kurspläne bei der Main-Neckar-Bahn praktischer seien, und spricht den Wunsch aus, daß für die der badischen und Main-Neckar-Bahn gemeinschaftliche Strecke zwischen Heidelberg und Friedriessfeld ein intimeres Einverständnis zur Verhütung der sonst leicht entstehenden Unglücksfälle herrschen möge.

Ministerialpräsident v. Dusch erklärt, daß das Einverständnis zwischen beiden Bahnen ein sehr gutes sei und daß die größeren Aufenthalt an den Stationen gewährenden Kurspläne der Main-Neckar-Bahn nicht Allen erwünscht sein dürften. Das Gemeinschaftsverhältnis an der Main-Neckar-Bahn habe für die einheitliche Gestaltung des Betriebs auch wieder seinen Vortheil und dürfte jedenfalls nicht ohne Zustimmung des andern Staates gelöst werden, welchen Bemerkungen sich Abg. Nicolai anschließt.

Hierauf wurden die Anträge der Kommission, den Antheil der Großh. Staatskasse am Reinertrag des Main-Neckar-Staatstelegraphen für 1866 und 1867 mit 5125 fl. 44 fr. für gerechtfertigt zu erklären.

und den Voranschlag des badischen Antheils am Reinertrag der Main-Neckar-Bahn für 1870 mit 256,542 fl., für 1871 mit 256,098 fl. zu genehmigen, angenommen und damit die Sitzung geschlossen.



Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York

Hayre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe... Silesia, Mittwoh, 22. Dechr. da. 29. Dechr. Morgens. Altemannia, da. 5. Jan. 1870.

Examen.

Das International-Lehrinstitut bereitet beständig für die verschiedenen Staatsprüfungen vor: Einjähriges Militär-Examen, Portee-pfeefährliche, Polytechnikum, Post, Ca-dettenhaus etc.

Eine Osterfeier. Predigten und Reden von R. W. Doll, Hofprediger in Karlsruhe. Preis 54 Kr. Elegant gebunden 1 fl. 15 fr. G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

Bekanntmachung.

nen Pumpwerke in den städtischen Brunnen in Gupf-ellen umändern zu lassen. Diejenigen Mechaniker, welche diese Arbeiten zu übernehmen Lust haben, werden hiermit veranlaßt, ihre Angebote bis zum 2. Januar 1870 bei dem Bürger-meisteramt einzureichen.

Erledigte Stipendien.

Bei der Leonhard Keller'schen Stiftung dahier sind zwei Stipendien für Personen weiblichen Geschlechts von je 40 fl. jährlich, vorzugsweise bestimmt zur Ausbildung von Mädchen, die mit dem Stifter vermandt sind, in Erledigung gekommen.

Weinversteige-rung.

Am Donnerstag den 23. d. M. Vormit-tags 10 Uhr, werden aus dem Nachlasse des verstorbenen Bartholomäus Kiefer dahier in der Wohnung des Erblassers gegen Barzahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert:

Bürgerliche Nachspflege.

234. Nr. 10704. Bretten. In Sachen der Ehefrau des Friedrich Lottsch von Gondelsheim, geb. Morlock, von da gegen unbe-kannte Berechtigten, Eigentum betr.

an diesen Acker in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragen, auch sonst nicht bekannte dingliche Rechte, leibensrechtliche oder fideicommissarische Ansprüche haben, aufgefordert, solche

innerhalb 2 Monaten bei uns geltend zu machen, widrigenfalls diese der Eigentümerin gegenüber als erloschen erklärt werden.

224. Nr. 31240. Karlsruhe. Gegen Schitt-macher Gottlieb Friedrich Herz von hier haben wir Gant erkannt, und zum Nichtigstellungs- und Vorzugs-verfahren Tagfahrt anberaumt auf

Donnerstag den 18. Januar 1870, Vormittags 9 Uhr.

Es werden alle diejenigen, welche Ansprüche an die Gantmasse machen, aufgefordert, solche in der Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses, schriftlich oder mündlich, anzumelden, etwaige Vorzugs- oder Unterpfands-rechte zu bezeichnen, Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten.

Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben einen in Inland wohnenden Aufstellungs-Gewalthaber zu be-stellen, widrigenfalls weitere Verfügungen und Erkennt-nisse mit der Wirkung der Eröffnung nur an der Ge-richtsstelle angeschlagen, beziehungsweise den Gläubig-ern, deren Aufenthalt bekannt ist, durch die Post zu-

239. Nr. 7997. Philippsburg. Gegen die Verlassenschaftsmaße der Verstorbenen Karl Brenner Wb., Katharina, geb. Schneider, von Rheinsheim, haben wir Gant erkannt, und es wird nunmehr zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf

Freitag den 7. Januar 1870, früh 9 Uhr.

Es werden alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angesetzten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses, von der Gant, per-sönlich oder durch gehörig Bevollmächtigten, schriftlich oder mündlich anzumelden und zugleich ihre etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, sowie ihre Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten.

Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen dahier wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einhandlungen zu bestellen, welche nach den Gesetzen der Partei geschehen sollen, widrigenfalls alle weiteren Ver-fügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, nur an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen, bezw. denjeni-gen im Auslande wohnenden Gläubigern, deren Auf-enthalten bekannt ist, durch die Post zugestellt würden.

229. Nr. 5774. Civ.-Kammer. Walds-hut. Die Ehefrau des Willers Eder Weissen-berger von Willmendingen, Amalie, geb. Dietzsch, hat gegen ihren Gemann eine Klage auf Vermögens-absonderung erhoben. Zur mündlichen Verhandlung ist Tagfahrt auf

Donnerstag den 20. Januar 1870, Vormittags 8 1/2 Uhr, anberaumt; was zur Kenntnis der Gläubiger hiermit veröffentlicht wird.

233. Nr. 9223. Waldkirch. Georg Hoch von Obergloittelthal wurde durch diesseitiges Erkennt-nis vom 4. Sept. d. J., Nr. 7020, wegen Ver-schwendung im II. Grad für mundtobt erklärt und ihm Johann Reichenbach, Bauer von da, als Vormund bestellt.

231. Nr. 7969. Gernsbach. Fuhrmann Gabriel Götz von Oberstrotz wurde wegen Ver-schwendung im ersten Grade mundtobt erklärt und

Albert Strobel von dort als Beistand desselben auf-gestellt. Gernsbach, den 11. Dezember 1869. Großh. bad. Amtsgericht. Fr. Wallebrein.

Erbeinweisungen. 226. Nr. 14,080. Lahr. Die Wittve des am 11. October in Kürzell verstorbenen Wundarzneydieners Georg Köttler, geb. Wagner, daselbst, hat um Einweisung in Besitz und Gewärb des Nachlasses ihres Gemannes gebeten. Diefem Ansuchen wird stattgegeben, wenn nicht

innerhalb 2 Monaten Einsprache dagegen erhoben wird. Lahr, den 14. Dezember 1869. Großh. bad. Amtsgericht. v. Gemmingen.

Erboordnungen. 201. Bretten. Johann Ulrich Schleicher von Reibheim, der vor vielen Jahren nach Ungarn ausgewandert, ist zur Erbschaft an dem Nachlasse seiner am 16. October 1869 gestordenen Ehefrau Katharine Schleicher, ledig, von Reibheim berufen. Da sein demaliger Aufenthaltsort hier unbekannt ist, wird er zu den Erbschaftsverhandlungen mit Frist von drei Monaten unter dem Bedenken hiermit vorgeladen, daß, wenn er sich nicht meldet, sein Erbtheil denen zugewiesen würde, welchen es zugunsten, wenn er, der Vorge-ladene, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Bretten, den 13. Dezember 1869. Der Großh. Notar K. L. K. K. K.

210. Kappelrodt. Die nach Amerika aus-gewanderte Karolina Oberle von Ottenhöfen ist mit ihren Geschwistern in der Verlassenschaftsmaße der am 25. Juli 1869 verstorbenen Egid Weuerle Ehefrau, Antonia, geborne Oberle, von da zu einem Ver-mächtniß von 200 fl. berufen; sie ist vernimmt und wird daher mit dem Be-denken öffentlich vorgeladen, sich

innerhalb 3 Monaten bei mir zu melden oder Nachricht von sich zu geben, widrigenfalls ihr Antheil am Vermächtniß denen zu-gefallen werden wird, welchen er zukommt, wenn sie zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Kappelrodt, den 7. Dezember 1869. Der Großh. Notar Hedmann.

225. Ridenbach. Kunigunda Huber, ge-boren am 2. October 1825, von Harpoldingen, ist im Jahr 1854 nach Amerika ausgewandert, und es ist ihr Aufenthaltsort unbekannt. Diefelbe ist zur Erb-schaft ihres am 7. November 1869 verstorbenen Vaters, Mathias Huber von Harpoldingen, berufen. Kunigunda Huber oder deren Erben werden hiermit auf-gefordert, sich

innerhalb 3 Monaten zur Empfangnahme der ihnen anerkannten Erbschaft zu melden, widrigenfalls solche denen zugewie-sen würde, welchen sie zukommt, wenn die Vorge-ladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären. Ridenbach, den 13. Dezember 1869. Der Großh. Notar Brombach.

Strafrechtspflege. Ladungen und Forderungen. 240. Nr. 12,521. Billingen. Der ledige, 20 Jahre alte Schneider Rasper Birkle von Böhren-bach, dessen Personalschreibung unten folgt, ist eines erschweren Diebstahls beschuldigt und hat sich der Unter-suchung durch die Flucht entzogen.

Wir bitten um Fahndung und Verhaftung des R. Birkle im Vernehmungsort. Personalschreibung. Größe, 5' 6", schlant, blaues Gesicht mit unbeim-lischem Blick, dunkle Haare.

Die Kleidung bestand aus gelben Hosen mit schwar-zen Streifen, einem braunlichen Rock, schwarzer Pelz-lappe und einem rothbleichen Halstuch. Billingen, den 15. Dezember 1869. Großh. bad. Amtsgericht. Eliner.

238. Karlsruhe. Schneider Josef Werner von Jugenbäumen, welcher dahier wegen Unterschla-gung eines Paletots, im Werthe von 40 fl., in Unter-suchung steht, wird aufgefordert, sich

innerhalb 4 Wochen 704. Nr. 3749. Rehl. Brückenmaterialien-Lieferung. Zur Unterhaltung des babilchen Antheils an der hiesigen Rheinschiffbrücke sollen für das Jahr 1870 folgende Gegenstände im Soumissionwege angeschafft werden:

- A. Holzwaren. 2 Stück lannene Brückenschwellen, 28' lang, 10 1/2" 1/3" hart, 3 lannene oder forlene Streckbalken, 40' lang 6 1/2" hart, 50 lannene oder forlene Streckbalken, 32' lang 6 1/2" hart, 6,500 tannene oder forlene Brückendielen, etwa 250 Stück 25' lang 2" dick und von 8-12" breit, an dem einen Ende nicht über 1" breiter als am andern gemodelt, 4 Stück forlene Geländerbalken, 19' lang 5 1/2" hart, 4 bergleichen, 18' lang 5 1/2" hart, 4 forlene Geländerpfetten, 19' lang 4 1/2" hart, 4 bergleichen, 18' lang 4 1/2" hart, 24 forlene Geländerposten, 3 1/2' lang 5 1/2" 1/2" hart, 16 forlene Geländerbäume, 3' lang 4 1/4" hart, 4 forlene Füllstiele, 8' lang 1" breit 2 1/2" 1/2" hart und affrei zu Geländerriegeln. B. Eisenwaren. 14,000 Stück kleine Sendeleisen pr. 1000 Stück 10-10 1/2" Pfund schwer, 1,000 bergleichen, pr. 1000 Stück 8-8 1/2" Pfund schwer, 500 mittlere Sendeleisen, pr. 1000 Stück 11 1/2-12 Pfund schwer, 1,000 Kesselnägel, 1,000 Nägel, 3" lang, 5,000 Nägel, 4" lang. C. Seile. 1 Stück Seil, 8 1/2" Durchmesser, 160' lang, vierseitig, ca. 65 Pfund schwer. Die schriftlichen Angebote müssen versiegelt und "Brückenmaterial-Lieferung" überschrieben, läng-stens bis zum 30. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr, bei diesseitiger Stelle eingereicht sein. Die Soumissionspreise sind bei den Brückenschwellen, Streckbalken und Geländerbalken nach der Stückzahl, bei den Brücken- und Schiffdielen nach Quadratfuß und bei dem Seile nach dem Gewichte anzugeben. Auch haben sämtliche Soumissionen anzugeben, wie lange sie ihre Angebote nach der Soumis-sions-Eröffnung zu halten gesonnen sind. Die Lieferungsbedingungen sind bei Brückenmeister Stern hier zu erfahren und wird vorerst nur bemerkt, daß der Lieferungsstermin für sämtliche Materialien auf den 1. Mai 1870 festgesetzt ist. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß Eisenholz, welches sich zur Anfertigung von Schiff-srangern eignet, jederzeit von der Brückenverwaltung angekauft wird. Rehl, den 10. Dezember 1869. Großh. Hauptkollant. Baumann.

zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Unter-suchung das Erkenntnis gefällt würde. Zugleich ersuchen wir um Fahndung auf den Ange-schuldigten und um dessen Ablieferung im Ver-trungsfalle. Karlsruhe, den 10. Dezember 1869. Großh. bad. Amtsgericht. Weigel.

Urtheilsverfündungen. 235. Nr. 6436. Heidelberg. In Anklage-sachen gegen Jean Gilliard von Heidelberg wegen Diebstahls wird nach gepflogener Hauptverhandlung zu Recht erkannt: Der Angeklagte Jean Gilliard von Heidelberg wird des gemeinen Diebstahls über 25 fl., zum Nachtheil des Johann Friedrich Wolf von Heidelberg verurtheilt, schuldig erklärt, und deshalb zu einer durch acht Tage Hungerloß gekürzten Kreize-gängnißstrafe von drei Monaten, sowie in die Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung verurtheilt. V. R. W. Diefes Urtheil wird dem sächlichen Angeklagten auf diesem Wege eröffnet. Heidelberg, den 7. Dezember 1869. Großh. bad. Kreisgericht, Strafkammer-Abtheilung des Großh. Kreis- und Hofgerichts Mannheim. Reinhard. L. Guttenthein.

Verwaltungsachen. Polizeisachen. 735. Nr. 15,091. Ueberlingen. Musik-lehrer Valentin Schreiber von Ueberlingen wird als Agent der Westdeutschen Versicherungs-Aktiengesellschaft in Gien für den diesseitigen Amtsbezirk bestätigt. Ueberlingen, den 13. Dezember 1869. Großh. bad. Bezirksamt. v. Scherer.

733. Nr. 9146. Korf. Girtung Ferdinand Henn von Dorf Rehl wurde als Agent der Preussischen Nationalversicherungs-Gesellschaft in Steien für den diesseitigen Bezirk bestätigt. Korf, den 13. November 1869. Großh. bad. Bezirksamt. v. Scherer.

722. Nr. 8983. Wiesloch. Rathschreiber Boll in Wiesloch wird als Agent der Wäcker und Nünchener Feuerversicherungs-Gesellschaft bestätigt. Wiesloch, den 13. Dezember 1869. Großh. bad. Bezirksamt. Sonntag.

Bekanntmachung. 530. Mannheim. Haus- und Magazin-Versteigerung. In Folge richterlicher Verfügung wird das dem hie-sigen Kaufmann Karl Peter Cron gebörige, dahier im Stadtsquare Lt. N. 7 Nr. 28, in der Jungbun-schstraße Nr. 66 gelegene Gebäude auf der Rangl des Rathhauses dahier am

öffentlich zu Auctum veräußert werden, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungsbetrag von 36,000 fl. oder mehr erreicht wird. Das Gebäude ist dreistöckig, hat einen dreiflügeligen Seitenbau, ein dreiflügeliges Magazin, gewölbte Keller und Hofraum. Alle Bauwerktheile sind neu und in gutem Stande. Die Erzeigerungsbedingungen können zu jeder Zeit bei mir eingesehen werden. Mannheim, den 3. Dezember 1869. Notar J. J. J.

738. Nr. 2361. Karlsruhe. Bekanntmachung. Die eisernen Thorflügel an der Mittelformung des Gtlinger Thores hier sollen zur Erleichterung des Verkehrs beiseite gelassen werden. Man sieht entsprechenden Angeboten über die Kosten der Beiseitigung sowie zur Uebernahme des Eisenwerks bis zum 1. Januar 1870 mit dem Bemerken entgegen, daß diese eisernen Thor-flügel als Hof- oder Kirchhofthor Verwendung finden können. Karlsruhe, den 15. Dezember 1869. Großh. Bezirks-Inspection. J. C. Serger.